

# Newsletter Integration und Migration

## In dieser Ausgabe:

<b>AKTUELLES AUS THÜRINGEN</b>	1
Verlängerung Landesaufnahmeprogramm Syrien	1
238 Abschiebungen aus Thüringen: Viele Duldungen	1
<b>NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND</b>	2
Zahl Geflüchteter in Deutschland	2
Schutzquote 70 Prozent - Zahl der Asylanträge 2022 deutlich gestiegen	2
Studie: Arbeitsmigration und Aufnahmebereitschaft	2
Alternativen zum „Migrationshintergrund“	3
Statistik: Mehr ausländische Berufsabschlüsse anerkannt	3
Statistik: Fast jeder Vierte in Deutschland hat Einwanderungsgeschichte	3
Ausländer erlangen deutlich seltener Studienberechtigung	3
Studie: In Metropolen leben Familien mit Migrationsgeschichte in zu kleiner Wohnung	4
Angriffe auf Flüchtlinge	4
Bildungsstudie: Schulen entlassen Jugendliche ohne deutschen Pass ohne Abschluss	4
Studie: Geflüchtete aus der Ukraine integrieren sich zügig	5
<b>GLOBALE NACHRICHTEN</b>	6
Studie: Jeder dritte ukrainische Flüchtling will zurück in die Heimat	6
EU-Migrationspakt: Einigung auf Mindeststandards und Aufnahmeprogramm	6
Flüchtlingszahlen in der EU	6
Studie: Klimawandel und Migration	6
Buchempfehlungen - Downloads - Termine	7
Impressum	7

## AKTUELLES AUS THÜRINGEN

### Verlängerung Landesaufnahmeprogramm Syrien

Das Thüringer Aufnahmeprogramm für Syrien wurde bis zum 31.12.2024 verlängert. Die aktuelle Aufnahmeanordnung finden Sie hier: <https://www.fluechtlingsrat-thr.de/themen/familiennachzug-syrien-aufnahmeprogramm>

Es erfolgten wesentliche Änderungen:

1.) Der Ehegattennachzug soll vorrangig entsprechend der Regelungen des §27 ff. AufenthG erfolgen. In der Regel können Ehegatten ab 2023 nur berücksichtigt

werden, wenn die Ehe bereits vor der Flucht bestand.

2.) Das Zulassen von mehreren Verpflichtungserklärenden soll der Ausnahmefall sein. Dies ist konträr zur Weisungslage in Thüringen, die mit Schreiben vom 30.11.2021 grundsätzlich die **A b g a b e** einer weiteren Verpflichtungserklärung ermöglichte.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

### 238 Abschiebungen aus Thüringen: Viele Duldungen

Thüringen hat im vergangenen Jahr 238 ausreisepflichtige Ausländer abgeschoben. Weitere 140 Menschen haben den Freistaat im Jahr 2022 mit einer finanziellen Förderung des Bundes freiwillig verlassen, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken im Bundestag hervorgeht. Die Abschiebungen von abgelehnten Asylbewerbern waren damit in den vergangenen drei Jahren in Thüringen relativ konstant - 2020 waren es nach den Zahlen der Bundesregierung 220, im Jahr 2021 waren es 226. Die Zahl der Abschiebungen - in Thüringen immer wieder ein Streitpunkt zwischen der rot-rot-grünen Minderheitsregierung und der Opposition - war im vergangenen Jahr geringer als im bevölkerungsreichen Sachsen mit 565, aber höher als in Brandenburg mit 167. Im Nachbarland Sachsen-Anhalt lag sie bei 345.

Der migrationspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Stefan Schard, sprach von einer alarmierend geringen Zahl von Abschiebungen. Die Landesregierung müsse handeln und mehr Menschen ohne Asylgrund in ihre Heimatländer zurückführen, verlangte Schard.

Nach den Angaben der Bundesregierung hielten sich Ende Dezember rund 5350 Ausreisepflichtige mit abgelehnten Asylanträgen in Thüringen auf, von denen aber mehr als 4700 über eine Duldung verfügten. Die Zahl der Ausreisepflichtigen ohne Duldung wurde mit 623 angegeben. Unter den abgelehnten Asylbewerbern stellten Menschen aus dem Irak mit 18 Prozent die größte Gruppe gefolgt von Afghanen mit 12 Prozent und Russen mit 8 Prozent.

Laut Bundesregierung wurden im vergangenen Jahr in Deutschland insgesamt 12.945 Menschen abgeschoben. Mit etwa jeder vierten dieser Abschiebungen erfolgten die meisten aus dem bevölkerungsreichsten Land Nordrhein-Westfalen. Allerdings scheiterten im vergangenen Jahr auch rund zwei Drittel der geplanten Abschiebungen. Wie aus der Antwort auf eine Anfrage der Unionsfraktion im Bundestag hervorgeht, konnten 23.337 Abschiebungen nicht vollstreckt werden. Gründe waren unter anderem geplatzte Flüge oder die Abwesenheit der betroffenen Menschen am Ausreisetag.

Quelle: Süddeutsche Zeitung 07.03.2023

# NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

## Zahl Geflüchteter in Deutschland

*In Deutschland leben rund 2,9 Millionen Schutzsuchende*

Nach den Zahlen des Ausländerzentralregisters lebten Ende 2022 rund 2,9 Millionen Menschen in Deutschland, die als Schutzsuchende gekommen sind. Von ihnen waren rund eine Million Menschen Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Weitere 1,5 Millionen Menschen haben Schutz aufgrund unterschiedlicher Umstände bekommen – von ihnen sind rund ein Drittel Minderjährige. Rund 240.000 Personen befinden sich im Asylverfahren und rund 168.000 Personen sind ausreisepflichtige abgelehnte Asylbewerber\*innen. Weitere Informationen in unserer Rubrik.

<https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/zahl-der-fluechtlinge.html#c1713>

Quelle: Mediendienst 10.03.2023

## Schutzquote 70 Prozent - Zahl der Asylanträge 2022 deutlich gestiegen

Vor allem Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine suchten 2022 Schutz in Deutschland. Aber auch aus anderen Teilen der Welt haben wieder mehr Menschen um Asyl gebeten - vor allem aus Syrien und Afghanistan, aber auch aus dem Iran und Russland.

Nach einem Rückgang in der Corona-Pandemie haben im vergangenen Jahr wieder mehr Menschen einen Antrag auf Asyl in Deutschland gestellt. Wie das Bundesinnenministerium am Mittwoch mitteilte, wurden 217.774 Erstanträge auf Asyl registriert. Das war gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um rund 47 Prozent (2021: 148.233 Anträge).

Hinzu kamen rund 26.000 Folgeanträge – deutlich weniger als im Vorjahr, womit sich die Gesamtzahl der Asylanträge im Jahr 2022 um 28 Prozent erhöhte. Elf Prozent der Erstanträge – rund 25.000 – wurden für bereits in Deutschland geborene Kinder gestellt. Die Zahl der 2022 neu in Deutschland angekommenen Flüchtlinge liegt damit bei rund 192.000.

Hauptherkunftsländer der Schutzsuchenden waren erneut Syrien (72.646 Anträge) und Afghanistan (41.471 Anträge). Die Türkei war mit 25.054 Anträgen dritthäufigstes Herkunftsland. 2021 lagen Syrien, Afghanistan und der Irak auf den ersten drei Plätzen. Neu auf der Liste der sogenannten „zugangsstärksten Staatsangehörigkeiten“ des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge war 2022 Russland. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine stellten im Gesamtjahr 2.851 Menschen aus Russland einen Erstantrag auf Asyl, allein 529 im vergangenen Dezember. Sie machten aber im Gesamtjahr 2022 nur 1,3 Prozent der Asylverfahren aus.

*Ukrainer nicht in der Statistik erfasst*

Die Zahl der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ist in der Asyl-Statistik nicht erfasst, weil sie nicht das reguläre Asylverfahren durchlaufen. Laut Bundesinnenministerium wurden seit Beginn des russischen Angriffskriegs rund eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland registriert. Sie machten damit rund 80 Prozent der Schutzsuchenden in Deutschland aus, betonte das Bundesinnenministerium. Wie viele sich davon aktuell in der Bundesrepublik aufhalten, ist nicht genau erfasst.

Auch in anderen Teilen der Welt seien Menschen auf der Flucht vor Krieg und Terror, erklärte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Sie versprach, der Bund stehe an der Seite von Ländern und Kommunen bei der Aufgabe, die Flüchtlinge zu versorgen und unterzubringen. Der Bund unterstützt in erster Linie finanziell. 2,75 Milliarden Euro hat er den Ländern in diesem Jahr dafür versprochen.

*Weniger Asyl-Ablehnungen*

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat den Angaben zufolge im vergangenen Jahr über 228.673 Asylgesuche entschieden. 40.911 Personen (17,9 Prozent) erhielten den Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention, 87.552 (38,3 Prozent) anderweitigen Schutz. 49.330 Anträge (21,6 Prozent) wurden abgelehnt, 50.880 Anträge (22,3 Prozent) erledigten sich, etwa weil ein Antrag zurückgenommen wurde.

Als abgelehnt geht ein Antrag aber auch dann in die Statistik ein, wenn ein anderer EU-Staat für die Bearbeitung zuständig ist. Die Zahl der Anträge, deren Asylbegehren aus inhaltlichen Gründen abgelehnt wurde, liegt damit niedriger.

*Linke: Bereinigte Schutzquote bei über 70 Prozent*

Die sogenannte bereinigte Schutzquote, die formelle Entscheidungen herausrechnet, lag nach Angaben der Linken 2022 bei mehr als 70 Prozent und damit so hoch wie nie. Zum Vergleich: Das Bundesamt gibt eine Schutzquote von 56 Prozent an. Die Statistik für das Jahr 2022 zeige vor allem, dass die in Deutschland ankommenden Schutzsuchenden in hohem Maße schutzbedürftig seien, erklärte die Bundestagsabgeordnete Clara Büniger.

Die Flüchtlingsorganisation Pro Asyl kritisierte, dass auch nach dem gewaltsamen Vorgehen gegen Demonstranten im Iran Asylanträge von Menschen in dem Land immer noch in hoher Zahl abgelehnt würden. Sie forderte einen Stopp der Ablehnungen angesichts der Menschenrechtssituation im Iran. 2022 stellten der Statistik zufolge 6.322 Iranerinnen und Iraner einen Asylantrag in Deutschland.

Quelle: MiGLETTER 12.01.2023

## Studie: Arbeitsmigration und Aufnahmebereitschaft

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, will die Bundesregierung die Zuwanderung von Menschen aus Nicht-EU-Staaten vereinfachen. Für den Erfolg dieser Migrationspolitik spielt die Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung eine wichtige Rolle. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und der Universität Bamberg fragte 1.117 Personen, unter welchen Bedingungen sie die Einwanderung von Menschen aus Nicht-EU-Staaten befürworten würden. Arbeitsmarktrelevante Fähigkeiten erhöhen die Akzeptanz in der Bevölkerung für längerfristige Aufenthalte, so die Autor\*innen der Studie. Dazu zählen Sprachkenntnisse, anerkannte Abschlüsse und Berufserfahrung, vor allem im Bereich IT.

Die Studie finden Sie hier: <https://doku.iab.de/kurzber/2022/kb2022-24.pdf>

Quelle: Mediendienst 06.02.2023

# NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

## Alternativen zum „Migrationshintergrund“

Statistisches Bundesamt veröffentlicht Zahlen zu „Eingewanderten und ihren Nachkommen“

Zum ersten Mal hat das Statistische Bundesamt Daten zu Personen mit eigener Wanderungserfahrung und ihren Kindern erfasst. Demnach leben in Deutschland 14,2 Millionen Menschen, die seit 1950 selbst eingewandert sind. Das sind rund 17 Prozent der Bevölkerung. Deutschland ist somit eins der Länder mit der höchsten Quote von Einwohner\*innen mit eigener Einwanderungsgeschichte in der Europäischen Union. Die Erfassung folgt den Vorschlägen der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit und soll künftig parallel zu Daten zum „Migrationshintergrund“ weitergeführt werden. Weitere Informationen zum Thema finden Sie in der Rubrik Bevölkerung: <https://mediendienst-integration.de/migration/bevoelkerung.html#c1239>

Quelle: Mediendienst 10.03.2023

## Statistik: Fast jeder Vierte in Deutschland hat Einwanderungsgeschichte

Fast ein Viertel der in Deutschland lebenden Menschen hat eine Einwanderungsgeschichte. 2021 lebten knapp 19 Millionen Menschen in der Bundesrepublik, die entweder selbst oder deren beide Elternteile seit 1950 eingewandert sind. Ukrainer sind in der Statistik nicht berücksichtigt.

17,3 Prozent der Bevölkerung sind seit 1950 nach Deutschland eingewandert, weitere 5,7 Prozent sind direkte Nachkommen von Eingewanderten. Das geht aus einer neuen Statistik des Statistischen Bundesamts hervor, die nicht die Staatsangehörigkeit zugrunde legt, sondern die Wanderungserfahrung einer Familie.

Eine Einwanderungsgeschichte haben nach dieser Definition Personen, die entweder selbst oder deren beide Elternteile seit dem Jahr 1950 eingewandert sind. Die Definition umfasst also zwei Generationen. Das Konzept wurde von einer Fachkommission der Bundesregierung empfohlen. Diese Definition sei „weniger komplex und international besser vergleichbar“, so das Amt.

Legt man diese neue Definition zugrunde, hatten nach Ergebnissen des Mikrozensus 2021 in Deutschland knapp 19 Millionen Personen eine Einwanderungsgeschichte. Ihr Anteil an der Bevölkerung betrug 23 Prozent, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag berichtete. 14,2 Millionen Menschen sind seit 1950 selbst eingewandert. Weitere 4,7 Millionen waren direkte Nachkommen von zwei Eingewanderten, wurden aber selbst in Deutschland geboren.

Ukrainer nicht in der Statistik

Gemäß der Empfehlung der Kommission zählen Menschen nicht zur Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte, wenn nur ein Elternteil eingewandert ist. Diese Gruppe umfasst laut Statistischem Bundesamt 3,7 Millionen Personen (4,5 der Bevölkerung). Da es sich um Ergebnisse für 2021 handelt, sind Wanderungen infolge des russischen Angriffs auf

die Ukraine nicht enthalten.

Im EU-Vergleich lag Deutschland nach Ergebnissen der Europäischen Statistikbehörde Eurostat mit einem Anteil der Eingewanderten an der Bevölkerung von 17,3 Prozent über dem Durchschnitt aller 27 Mitgliedstaaten, der 10,6 Prozent beträgt. Die höchsten Anteile hatten Malta, Zypern und Schweden mit Prozentzahlen um 22 Prozent. Die Länder mit den geringsten Anteilen Eingewanderter waren Bulgarien, Rumänien und Polen mit jeweils unter einem Prozent.

Quelle: MiGLETTER 03.03.2023

## Ausländer erlangen deutlich seltener Studienberechtigung

Menschen mit ausländischem Pass erlangen deutlich seltener eine Studienberechtigung als deutsche Staatsbürger. Das geht aus einer Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts hervor.

Im vergangenen Jahr haben in Deutschland 385.000 Schülerinnen und Schüler die Hochschulreife (Abitur) oder die Fachhochschulreife erreicht. Das waren 2,1 Prozent weniger Studienberechtigte als im Jahr 2021, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden nach vorläufigen Ergebnissen mitteilte. 80 Prozent erwarben laut den Angaben die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife, 20 Prozent legten die Fachhochschulreife ab.

Dieser Rückgang der Studienberechtigten sei zum Teil demografisch bedingt, hieß es. Laut den Daten war zum Stichtag 31. Dezember 2021 die Zahl junger Menschen im Alter von 17 bis 19 Jahren um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken.

*Ausländer erlangen deutlich seltener Studienberechtigung*

Das Bundesamt legte zudem eine Sonderauswertung zur Studienberechtigtenquote vor. Demnach erlangen Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit, bezogen auf ihren Anteil an der gleichaltrigen Bevölkerung, in den Jahren 2015 bis 2021 deutlich häufiger eine Studienberechtigung als solche mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Ergebnisse beziehen sich auf neun Bundesländer, in denen die erforderlichen Daten zur Berechnung der Studienberechtigtenquote nach der Staatsangehörigkeit vorliegen.

Konkret lag die Quote der Studienberechtigten mit deutscher Staatsangehörigkeit 2021 bei 53,4 Prozent, 2015 hatte sie noch bei 56,5 Prozent gelegen. Die Quote der Ausländerinnen und Ausländer, die eine Studienberechtigung erwarben, lag 2021 bei 16 Prozent. Sie war von 16,1 Prozent im Jahr 2015 auf 14,5 Prozent im Jahr 2019 zurückgegangen und seitdem wieder angestiegen.

*Leichter Zuwachs in Sachsen und Baden-Württemberg*

Unterdessen stieg der Anteil der Frauen unter den Studienberechtigten 2022 erneut minimal an auf 54,3 Prozent, ein Jahr zuvor lag dieser noch bei 54,1 Prozent.

Die Statistiker schauten auch auf die einzelnen Bundesländer: Demnach sank die Gesamtzahl der Studienberechtigten in den ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) gegenüber 2021 um 1,4 Prozent, in den westdeutschen Ländern betrug der Rückgang 2,2 Prozent. Lediglich in Sachsen (+1,5 Prozent) und Baden-Württemberg (+1,2 Prozent) war ein leichter Anstieg festgestellt worden.

Quelle: MiGLETTER 08.03.2023

## NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

### Studie: In Metropolen leben Familien mit Migrationsgeschichte in zu kleiner Wohnung

Etwa sechs Prozent der Haushalte in deutschen Großstädten leben in tendenziell zu kleinen Wohnungen, besonders häufig sind Haushalte mit Migrationsgeschichte und Familien betroffen. Das geht aus einer aktuellen Studie hervor. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in deutschen Großstädten betrifft nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) vor allem Familien und Menschen mit Migrationsgeschichte. Insgesamt lebten 2020 rund sechs Prozent aller Mieterhaushalte in Metropolen in überbelegten Wohnungen, wie das arbeitgebernahe Institut am Mittwoch in Köln mitteilte.

Dabei wohnte jede dritte Familie beengt, hatte also weniger Räume zur Verfügung als die Anzahl der Bewohner. Bei den Haushalten mit direktem Migrationsgeschichte war es den Angaben zufolge ein Fünftel.

#### *Umzug in kleinere Wohnung oft teuer*

Wegen der hohen Mieten könnten sich viele Familien einen Umzug in eine größere Wohnung nicht leisten, hieß es. Hinzu komme, dass Studierende immer später von zu Hause ausziehen. Theoretisch gebe es ein Tauschpotenzial, da zugleich sechs Prozent der Mieterhaushalte in Großstädten in großzügigen Wohnungen lebten, erklärten die IW-Forscher.

Als großzügig gilt demnach eine Wohnung, wenn die Zahl der Räume die der Bewohner um drei übertrifft, also etwa eine Vier-Zimmer-Wohnung für einen Single. Eine Wohnung gilt als überbelegt, wenn nicht für jede Person im Haushalt rechnerisch ein Raum zur Verfügung steht. Dies gilt etwa dann, wenn ein Paar mit einem Kind nur in einer 2-Zimmer-Wohnung lebt oder wenn es bei zwei Kindern im jugendlichen Alter nur ein Kinderzimmer gibt.

#### *Ältere Bestandsmieter in großen Wohnungen*

In solchen großzügigen Wohnungen leben laut Studie vor allem ältere Bestandsmieter. Diese zögen auch nach dem Auszug der Kinder oder dem Tod des Partners jedoch nicht in kleinere Wohnungen, da der Verbleib in der großen Wohnung für sie meist günstiger sei als ein Umzug in eine neue Wohnung mit teurerem Neuvertrag.

Einen Wandel könnten möglicherweise die hohen Energiepreise bringen, erklärte IW-Immobilienexperte Michael Voigtländer. „Die gestiegenen Energiepreise setzen Anreize, von größeren in kleinere Wohnungen umzuziehen.“ Die Bereitschaft, sich zu verkleinern, könnte auch durch Umzugshilfen und Unterstützung bei der Wohnungssuche weiter gesteigert werden.

Quelle: MiGLETTER 26.01.2023

### Angriffe auf Flüchtlinge

Gut 1300 Straftaten und 206 Verletzte im Jahr 2022

Im Jahr 2022 gab es nach Angaben der Bundesregierung 1.369 politisch motivierte Angriffe auf Asylsuchende und Geflüchtete. Die meisten Delikte richteten sich gegen Geflüchtete außerhalb ihrer Unterkünfte (1.248). Die Zahlen sind vorläufig, sie können sich noch ändern.

Bei den Straftaten wurden 206 Menschen verletzt, darunter 18 Kinder. Den Großteil der Straftaten (mehr als 80 Prozent) zählen die Behörden in den Bereich der politisch rechts motivierten Kriminalität. Mehr in der Rubrik: <https://mediendienst-integration.de/desintegration/rassismus.html#c1333>

Quelle: Mediendienst 10.03.2023

### Bildungsstudie: Schulen entlassen Jugendliche ohne deutschen Pass oft ohne Abschluss

Menschen ohne Abschluss landen häufig in prekären Beschäftigungsverhältnissen - und fehlen als Fachkraft. Schüler ohne deutschen Pass gehören zur besonders gefährdeten Gruppe. Sie verlassen die Schule doppelt so oft ohne Abschluss. Eine Studie zeigt, dass sich in dem Bereich wenig getan hat.

Zehntausende Jugendliche beenden Jahr für Jahr ihre Schulzeit, ohne zumindest einen Hauptschulabschluss in der Tasche zu haben. Obwohl einige Bundesländer Fortschritte gemacht haben, stagniert der Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss seit Jahren bei etwa sechs Prozent. Bei Jugendlichen ohne deutschen Pass ist diese Quote mehr als doppelt so hoch. Das geht aus einer Studie des Bildungsforschers Klaus Klemm im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hervor, die am Montag veröffentlicht wurde. „Unsere Gesellschaft kann es sich angesichts des wachsenden Fachkräftemangels nicht leisten, diese Personen durchs Raster fallen zu lassen“, wird Klemm von der Stiftung zitiert. Der Bildungsforscher machte einen Zehn-Jahres-Vergleich von 2011 bis 2021 – neuere Daten lagen demnach nicht vor, als die Studie erstellt wurde. 2021 standen rund 47 500 Schülerinnen und Schüler am Ende ohne Hauptschulabschluss da, das entspricht einem Anteil von 6,2 Prozent. 2011 waren es 6,1 Prozent gewesen. Bis 2013 sank die Quote auf 5,7 Prozent, seitdem stieg sie wieder an – bis auf einen „Knick“ im Jahr 2020, der laut der Studie einem „zurückhaltenden Umgang mit Schulleistungen“ während der belastenden Pandemie geschuldet ist. Schulabgänger ohne deutschen Pass besonders gefährdet Jungen und Heranwachsende mit ausländischer Staatsangehörigkeit sind demnach besonders gefährdet. Laut der Studie machten Mädchen Stand 2020 nur 38 Prozent der Schulabgängerinnen ohne Abschluss aus. In der Gruppe der Ausländer lag die Quote der Abgänger ohne Abschluss 2020 bei 13,4 Prozent, bei den Deutschen bei 4,6 Prozent. 49 Prozent aller Jugendlichen ohne Abschluss waren 2020 auf einer Förderschule, 20 Prozent auf einer Gesamtschule, 13 Prozent auf einer Hauptschule.

Einige Bundesländer konnten ihre vergleichsweise hohen Quoten im Untersuchungszeitraum nach unten drücken, etwa Mecklenburg-Vorpommern (von 13,3 auf 8,1 Prozent), Sachsen-Anhalt (von 12,1 auf 9,6 Prozent) und Berlin (von 9,7 auf 6,7 Prozent). In Bremen stieg sie dagegen an, dort war 2021 die Quote mit 10,0 Prozent am höchsten. In Baden-Württemberg (5,8 Prozent), Hessen (5,3) und Bayern (5,1) war der Anteil im Jahr 2021 am niedrigsten.

Weiter auf Seite 5

## NEUIGKEITEN AUS DEUTSCHLAND

Fortsetzung von Seite 4

Ohne Abschluss drohen prekäre Beschäftigungsverhältnisse Menschen ohne Abschluss haben ein höheres Risiko, in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu landen. Laut der Studie droht vielen der jetzigen Abgänger ohne Abschluss, als „Nachwuchs“ zu den rund 1,7 Millionen jungen Erwachsenen im Alter von 20 bis 30 ohne Ausbildung zu stoßen, die Stand 2021 in Deutschland lebten.

Angesichts der „erschreckend hohen Zahlen“ seien Maßnahmen zum Abbau der Quote unverzichtbar, im Mittelpunkt der Anstrengungen sollten Jungen sowie Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund stehen, heißt es in der Studie. Die Bertelsmann Stiftung empfahl zudem, über das klassische Abschlusszeugnis hinaus zu dokumentieren, welche Kompetenzen die Jugendlichen erlernt haben: Das würde die Chance auf eine Ausbildung auch ohne formalen Abschluss erhöhen. Ein weiterer Hebel sei die Ausbildungsgarantie. Die Ampelparteien haben diese in ihrem Koalitionsvertrag verankert.

Bildungsministerin: Befunde dramatisch

Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) bezeichnete die Befunde der Studie als „dramatisch“. „Wir müssen stärker auf die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler schauen und Bildungschancen für alle Jugendlichen ermöglichen. Das Ziel muss eine individuelle Förderung und Begleitung sein, gerade sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher“, sagte sie. Ralf Becker von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) forderte, von der Ampelregierung angekündigte „richtige und sinnvolle Maßnahmen“ wie Startchancen-Programm, Förderung der Jugendberufsagenturen oder dem Pakt für berufsbildende Schulen müssten jetzt ernsthaft und schnell angegangen werden.

SPD-Chefin Saskia Esken sagte: „Es muss der Anspruch des Bildungssystems sein, dass alle jungen Menschen im Rahmen der Schulpflicht die Kompetenzen und Qualifikationen erlangen, die sie zu einem selbstbestimmten Leben und zur Aufnahme einer Berufsausbildung befähigen.“ Gerade in Zeiten des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels müsse man Potenziale aller jungen Menschen in Deutschland entwickeln. Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand, forderte mehr Prävention und Investitionen ins Bildungssystem. Lehrkräfte sollten von Verwaltungsarbeiten entlastet, die multiprofessionelle Zusammenarbeit in Teams an der Schule gefördert werden.

Quelle: MiGLETTER 07.03.2023

### Studie: Geflüchtete aus der Ukraine integrieren sich zügig

Seit dem 24. Februar sind allein nach Deutschland mehr als eine Million Menschen aus der Ukraine geflohen. Viele sind auf dem Weg, sich gut zu integrieren. Das belegt eine Umfrage unter rund 11.000 Geflüchteten. Das überdurchschnittliche Bildungsniveau der ukrainischen Kriegsflüchtlinge trägt einer Studie zufolge zu deren zügiger Integration in Deutschland bei. Der Anteil der Befragten mit einem Hochschulabschluss oder vergleichbaren Abschlüssen liegt einer am Donnerstag in Berlin vom Bundesinstitut für

Bevölkerungsforschung (BiB) vorgelegten Umfrage zufolge bei 72 Prozent. In der Ukraine liegt der Wert den Angaben zufolge bei 50 Prozent.

Knapp ein Fünftel der nach Deutschland geflüchteten Menschen aus der Ukraine ist demnach bereits berufstätig. Die Hälfte der rund 11.000 befragten Ukrainerinnen und Ukrainern besucht einen Sprachkurs.

Die Umfrage ergab, dass 60 Prozent der Menschen in einer eigenen Wohnung lebten. Überraschend sei, dass lediglich neun Prozent der Befragten in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht seien, sagte die Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Christa Katharina Spieß. Die Mehrheit der Geflüchteten habe ihren Wohnort frei gewählt. Die Daten belegten, dass es Kindern besser gehe, wenn sie Kitas und Schulen besuchten und wenn die Eltern die Absicht äußerten, in Deutschland bleiben zu wollen.

Experte rät vom Königsteiner Schlüssel ab

Vier Fünftel der erwachsenen Geflüchteten sind den Angaben zufolge Frauen. Knapp die Hälfte von ihnen lebt mit minderjährigen Kindern. In mehr als 90 Prozent der Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter besucht mindestens ein Kind eine Schule in Deutschland. Sechs Monate nach dem Zuzug nach Deutschland waren demnach 24 Prozent der Männer, aber lediglich 16 Prozent der Frauen erwerbstätig. Bei Frauen spielt eine wichtige Rolle, ob Kleinkinder einen Betreuungsplatz haben.

Vor dem Hintergrund von Erfahrungen mit dem Flüchtlingszustrom von 2015 riet Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) von der Anwendung des Königsteiner Schlüssels ab. Die Aufteilung der Geflüchteten auf die Bundesländer habe damals zu negativen Folgen geführt: „Diejenigen, die sich frei ihren Wohnort wählen konnten, haben eine höhere Erwerbstätigkeitswahrscheinlichkeit.“

*Mehrheit fühlt sich willkommen*

Die überwiegende Mehrheit der Befragten (76 Prozent) habe sich bei ihrer Ankunft in Deutschland willkommen gefühlt, sagte Nina Rother vom Forschungszentrum im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ein Drittel habe angegeben, Deutschland nach Kriegsende verlassen zu wollen, ein Viertel wolle für immer und 13 Prozent für mehrere Jahre bleiben. Die überwiegende Mehrheit der Befragten (88 Prozent) gab demnach an, weiterhin Bedarf an Beratung und Unterstützung zu haben.

Das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung legte die Studie „Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland. Flucht, Ankunft und Leben“ gemeinsam mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sowie dem Forschungszentrum im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vor. Das Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) befragte dafür zwischen August und Oktober 2022 11.225 ukrainische Staatsangehörige im Alter von 18 bis 70 Jahren, die seit dem 24. Februar nach Deutschland zugezogen waren. Der Fragebogen auf Russisch und Ukrainisch konnte sowohl online als auch auf Papier ausgefüllt werden.

Quelle: MiGLETTER 16.12.2022

## GLOBALE NACHRICHTEN

### Studie: Jeder dritte ukrainische Flüchtling will zurück in die Heimat

Trotz der vergleichsweise unbürokratischen Aufnahme und Integration von Geflüchteten aus der Ukraine, will jeder Dritte wieder zurück in seine Heimat. Das ist das Ergebnis einer EU-Umfrage. Jeder Zweite fühle sich deprimiert und beklagt finanzielle Schwierigkeiten.

Jeder dritte Flüchtling aus der Ukraine will laut einer Umfrage in seine Heimat zurückkehren. Eine umfassende Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, deren Ergebnisse am Dienstag in Wien veröffentlicht wurden, zeigt die Schwierigkeiten der vor dem Krieg geflüchteten Menschen in ihren Gastländern auf. Knapp die Hälfte der Befragten fühle sich seit der Ankunft in der EU niedergeschlagen und deprimiert. Jeder zweite Befragte habe finanzielle Schwierigkeiten, hieß es.

29 Prozent der Befragten gaben in der Umfrage an, selten optimistisch an die Zukunft zu denken. 57 Prozent erklärten, dass sie sich seit ihrer Ankunft im Gastland selten oder nie als Teil der Gemeinschaft fühlten. 50 Prozent gaben an, sich selten oder nie wertgeschätzt zu fühlen.

*Jeder Zweite arbeitet unter Bildungsniveau*

Rund ein Drittel der Befragten hat laut der Umfrage eine bezahlte Arbeit im Gastland. 48 Prozent gaben an, ihr neuer Arbeitsplatz liege unter ihrem Bildungsniveau. 33 Prozent der Frauen arbeiten nicht, weil sie sich um Kinder oder ältere oder kranke Verwandte kümmern müssen. 30 Prozent gaben an, am Arbeitsplatz ausgebeutet worden zu sein. Die Umfrage fand im Zeitraum August bis September 2022 in Deutschland, Spanien, Bulgarien, Tschechien, Estland, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien und der Slowakei statt. Dabei wurden rund 14.500 Flüchtlinge befragt.

Quelle: MiGLETTER 07.03.2023

### EU-Migrationspakt: Einigung auf Mindeststandards und Aufnahmeprogramm

Seit zwei Jahren streitet die Europäische Union über eine großangelegte Asylreform. Jetzt wurde bei zwei Vorhaben eine Einigung erzielt. Beschlossen wurde ein Programm zur Umsiedlung von Geflüchteten und ein freiwilliges Programm ohne festes Kontingent.

Das Europäische Parlament und die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten haben sich auf ein Programm zur Umsiedlung von Flüchtlingen und auf Mindeststandards bei der Aufnahme von Asylsuchenden geeinigt. Wie das Parlament mitteilte, sollen Asylbewerber spätestens sechs Monate nach Antragstellung arbeiten dürfen und Zugang zu Sprachkursen sowie Berufsausbildungen erhalten.

Die EU-Kommission hatte den sogenannten Pakt zu Migration und Asyl bereits im September 2020 vorgeschlagen, um Asylverfahren zu verbessern und die Verantwortung für Migranten und Asylbewerber fair auf die Mitgliedstaaten zu verteilen. Entscheidungen wurden seither immer wieder von einzelnen Mitgliedsstaaten blockiert.

#### *Freiwilliges Programm ohne festes Kontingent*

Mit dem Programm zur Umsiedlung von Flüchtlingen soll künftig schutzbedürftigen Menschen aus Drittstaaten ein legaler Weg in der EU eröffnet werden. Bei der Vereinbarung handelt es sich um ein für die Mitgliedsstaaten freiwilliges Programm ohne festes Kontingent, wie das Büro der EU-Abgeordneten Malin Björk dem „Evangelischen Pressedienst“ erklärte.

Beide Vereinbarungen müssen formell noch von Rat und Parlament angenommen werden, bevor sie in Kraft treten können. Bisher hatte das EU-Parlament die Position vertreten, dass kein Vorhaben einzeln verabschiedet wird, sondern nur der Pakt zu Migration und Asyl als Ganzes.

*Verhaltene Freude*

Es sei eine gute Nachricht, dass die EU kurz vor der Verabschiedung der Richtlinie über Mindeststandards und des Programms zur Umsiedlung von Flüchtlingen stehe, erklärte die Hilfsorganisation „International Rescue Committee“ auf Twitter. „Die Staaten müssen auf dieser Dynamik aufbauen und ihre Neuansiedlungsprogramme ausweiten, um den globalen Bedarf zu decken.“

Der Generalsekretär der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa, Torsten Moritz, sagte, das Programm zur Umsiedlung müsse sich erst noch beweisen. „In der Praxis misst sich der Erfolg des Programms daran, ob es besseren Schutz für mehr Menschen schaffen kann“, sagte er dem „Evangelischen Pressedienst“. Die Zahlen für geplante Umsiedelungen im Jahr 2023 seien mit knapp 16.000 Plätzen enttäuschend.

Quelle: MiGLETTER 16.12.2022

### Flüchtlingszahlen in der EU

#### *Fast eine Million Asylbewerber\*innen im Jahr 2022*

Laut der Asylagentur der Europäischen Union (EUAA) ist die Zahl der Personen, die 2022 einen Asylantrag in einem EU-Mitgliedstaat gestellt haben, um rund 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Zu den Ländern, aus denen viele Geflüchtete kamen, zählt 2022 neben Syrien und Afghanistan auch die Türkei mit rund 55.000 Antragsteller\*innen. Besonders hoch war auch die Schutzquote in den EU-Ländern: Rund 40 Prozent der Antragstellenden bekamen einen positiven Bescheid. Mehr Informationen in der Rubrik: <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/zahl-der-fluechtlinge.html#c1159>

Quelle: Mediendienst Integration

### Studie: Klimawandel und Migration

Wie wirkt sich der Klimawandel auf internationale Migration aus? In einer kürzlich veröffentlichten Studie kommen Wissenschaftler\*innen des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) zum Ergebnis, dass der Klimawandel grundsätzlich Migration verstärkt. Dieser Effekt werde aber stark verringert, weil der Klimawandel auch das Wirtschaftswachstum in Ländern des ‚globalen Südens‘ schwächt. Das Ergebnis: Viele Menschen können sich die Ausreise erst gar nicht leisten. Andere Forschung zeigt aber auch, dass viele Menschen gar nicht migrieren wollen. Mehr in der Rubrik:

<https://mediendienst-integration.de/migration/klimawandel-migration.html>

Quelle: Mediendienst 27.01.2023

# Buchempfehlungen - Downloads - Termine

## **Buch: Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands**

Wenn es um die Aufnahme von Geflüchteten ging, standen in der Vergangenheit vor allem die Großstädte im Fokus. Dabei sehen sich seit 2014 auch Kleinstädte und Dörfer in ländlichen Regionen in Deutschland verstärkt mit der Aufnahme und Integration von Geflüchteten konfrontiert. In dem Buch „Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“ beschäftigen die Autor\*innen sich mit der Frage, wie die Integration Geflüchteter und die Entwicklung ländlicher Räume erfolgreich verbunden werden können.

Link zum Verlag: <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-36689-6>

Quelle: Mediendienst 02.12.2022

## **Migrationsbericht 2021**

Im Jahr 2021 nahm Migration nach Deutschland auch aufgrund der Aufhebung pandemiebedingter Einschränkungen zu – das zeigt der gerade veröffentlichte Migrationsbericht der Bundesregierung. Insgesamt ergibt sich für 2021 eine Netto- Zuwanderung von etwa 330.000 Personen, von denen knapp zwei Drittel aus europäischen Ländern stammen. Erstmals seit 2016 nahm auch humanitäre Migration wieder zu. Knapp 150.000 Asylanträge wurden 2021 gestellt, vorrangig von Personen mit syrischer Staatsangehörigkeit, gefolgt von Afghanistan und Irak. Auf 296 Seiten fasst der Bericht umfangreiche Daten zusammen – auch zur Abwanderung aus Deutschland. <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Migrationsberichte/migrationsbericht-2021.pdf?blob=publicationFile&v=10>

Quelle: Mediendienst 13.01.2023

## **"Europabericht" von Prof. Dr. Holger Hoffmann**

Die "Europaberichte" von Prof. Holger Hoffmann vermitteln einen sehr guten Überblick über aktuelle Entwicklungen des europäischen Flüchtlingsrechts.

Der aktuellste Bericht befasst sich mit den europäischen Entwicklungen im Zeitraum Januar bis Juli 2022. Frühere Berichte von Prof. Dr. Hoffmann finden sich unter <https://www.nds-fluerat.org/politisches/europa/berichte/>.

Prof. Dr. Holger Hoffmann, ehemaliger Dekan des Fachbereichs Sozialwesen der Fachhochschule Bielefeld, ist Mitglied des Sprecherrates der mit den Wohlfahrtsverbänden und dem UNHCR zusammenarbeitenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Darüber hinaus ist er Deutscher Koordinator des ELENA-Netzwerkes.

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

## **Zentrum für Integration und Migration der Landeshauptstadt Erfurt**

Impressum

Herausgeber:

IB Mitte gGmbH

Rosa-Luxemburg-Str. 50

99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

E-Mail: [zim@integration-migration-thueringen.de](mailto:zim@integration-migration-thueringen.de)

Internet: [www.integration-migration-thueringen.de](http://www.integration-migration-thueringen.de)

Redaktion: Anita Müller

## **basiswissen.asyl.net: Neue Inforessource für Geflüchtete und Unterstützende**

Zum Jahresbeginn ist die neue Website [basiswissen.asyl.net](https://www.basiswissen.asyl.net) online gegangen. Der Nachfolger des Portals [fluechtlingshelfer.info](https://www.fluechtlingshelfer.info) richtet sich an geflüchtete Menschen und ihre Unterstützer\*innen und bietet einen Überblick über Materialien und Handreichungen zu wichtigen asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen sowie zum Leben in Deutschland.

Entsprechend umfassen die einzelnen Rubriken Themen wie „Asylverfahren“ und „Familiennachzug“ ebenso wie „Lernen und Arbeiten“, „Freiwilliges Engagement“ oder „Schutz vor Diskriminierung“.

basiswissen.asyl.net ist das neueste Informationsangebot des Informationsverbundes Asyl und Migration und ergänzt die bisherigen Informationsangebote [asyl.net](https://www.asyl.net) und [familie.asyl.net](https://www.familie.asyl.net), indem es einführende, grundständige Informationen und einen Überblick über weiterführende Materialien bietet.

basiswissen.asyl.net besteht aus zwei Bereichen:

Unter "Wissen kompakt" finden Sie 70 thematische Beiträge, untergliedert in elf inhaltliche Kategorien. Die einzelnen Beiträgen beinhalten einführende Informationen sowie Links auf weiterführende Materialien.

Im Bereich "Informationen in verschiedenen Sprachen" finden Sie 30 Beiträge, in denen wir mehrsprachige Materialien zu einer breiten Palette von Themen gesammelt haben.

basiswissen.asyl.net finden Sie auch bei Facebook und Twitter.

<https://www.facebook.com/basiswissen.asyl/videos/1554945211621216>

<https://twitter.com/BasiswissenA/status/1615665524591190016>

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

## **Rechtsprechungsdatenbank**

Der Informationsverbund Asyl & Migration hält auf seiner Themenseite zu unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten (UMF) neben Gesetzestexten, Arbeitshilfen und weiterführenden Links eine Rechtsprechungsdatenbank bereit, in welcher Urteile (VG, OVG, AG, BGH, EUGH u.a.) eingestellt sind zu einer breiten Themenauswahl (Aufenthaltsrecht, Asylverfahren, Sorgerecht, Familiennachzug, Abschiebung, Mitwirkungspflichten, Verteilung SGB VIII, uvm.).

<https://www.asyl.net/themen/asylrecht/unbegleitete-minderjaehrige>

Quelle: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.

## **Integration von Migrantinnen in Deutschland: Politiken und Maßnahmen**

Das EMN Deutschland Paper thematisiert die Integration von Migrantinnen in Deutschland. Die Studie gibt einen Überblick über den Integrationsstand von Migrantinnen, den damit verbundenen Herausforderungen sowie über die politischen Integrationsansätze in Deutschland.

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/EMN/Studien/emn-dp-1-2023-integration-migrantinnen.html>

Quelle: BAMF-Newsletter Nr. 01/2023